

## VERMÖGENSVERTEILUNG IN ÖSTERREICH – EIN WOHLGEHÜTETES GEHEIMNIS

1. Einleitung .....	124
2. Die aktuelle Datenlage .....	126
3. Alternative Erfassungsmöglichkeiten .....	129
4. Ein praktikabler Lösungsweg: Datensammlung und Verknüpfung strukturell bereinigter Daten aus anderen Ländern .....	133
5. Resümee .....	135

Auszug aus WISO 4/2008

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

**Mario Matzer  
Karl Snieder**

**Abteilung  
Wirtschaftspolitik  
AK Steiermark**

## 1. Einleitung

*unzählige  
Armutsberichte,  
aber keine  
Reichtumsberichte*

Armutsberichte wurden in Österreich bereits unzählige verfasst. Demgegenüber gibt es aber nicht einen einzigen österreichischen Reichtumsbericht.<sup>1</sup> Die Verteilung des Vermögens in Österreich ist ein wohlgehütetes Geheimnis, und mit der schrittweisen Abschaffung vermögensbezogener Steuern (Gewerbekapitalsteuer Mitte der Achtzigerjahre, Vermögensteuer 1994, Wertpapiersteuer 1995, Börsenumsatzsteuer 2000) verschwand auch das diesbezügliche Wissen des Fiskus. Hinzu kommen:

- I. das Festhalten am Bankgeheimnis auch gegen den Widerstand aus Brüssel,
- II. die äußerst undurchsichtige – und in dieser Art und Weise in Europa einmalige – Gesetzeslage für Privatstiftungen und
- III. die erst kürzlich ausgelaufene Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Dieser Artikel gibt einen Überblick über die wenigen aktuellen Versuche, die Vermögensverteilung in Österreich zu analysieren. Weiters werden alternative Wege der Datenerhebung, wie beispielsweise die Panelbefragung in Deutschland, aufgezeigt. Abschließend wird ein relativ einfacher und kostengünstiger Weg präsentiert, um die Vermögensverteilung in Österreich ohne allzu großen Aufwand erheben zu können. Als wissenschaftliche Grundlage dienten den Verfassern eine ausgedehnte Literaturrecherche und Interviews mit ExpertInnen aus dem In- und Ausland.

*Definition von  
Vermögen*

Vermögen ist ein relativ breiter Begriff. Das wirtschaftliche Vermögen einer Person – welches im Mittelpunkt unserer Betrachtungen steht – setzt sich zusammen aus Finanzvermögen (Bargeld und Einlagen, Wertpapiere<sup>2</sup> ...), Besitz an produzierten (Fahrzeuge, Immobilien ...) und nicht produzierten Vermögensgütern (Grund und Boden).<sup>3</sup> Vermögensbesitz

ist prinzipiell weit gestreut, ein Großteil der Bevölkerung verfügt über Sparbücher oder Bausparverträge, ohne damit allerdings als „vermögend“ bezeichnet zu werden. Trotzdem gibt es starke Indizien dafür, dass der überwiegende Teil des Vermögens in wenigen Händen konzentriert ist.

Wie unzählige Studien (stellvertretend für viele andere: Guger *et al.*, 2004; Guger *et al.*, 2007; Frick *et al.*, 2008) belegen, kommt es in den europäischen Sozialstaaten<sup>4</sup>, trotz progressiver Steuersysteme und zahlreicher Transferleistungen, zu einer Polarisierung der verfügbaren Einkommen und einer rasch schrumpfenden Mittelschicht. Neu an dieser Entwicklung ist insbesondere, dass – im Gegensatz zu vergleichbaren Tendenzen in den 80er-Jahren in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten – diese Polarisierung mit einem realen Einkommensverlust der Mittelschicht einhergeht (*ibid.*). Dass diese Entwicklung zu einer strukturellen Gefährdung der europäischen Sozialstaaten führt, ist mittlerweile unumstritten – was für Steuerungsmaßnahmen, um dieser Dynamik entgegenzuwirken, nicht gilt.

*Polarisierung von  
Einkommen und  
rasch  
schrumpfende  
Mittelschicht*

Dass in dieser Debatte die Verteilung der Vermögen in Österreich eine derart untergeordnete Rolle spielt, mag zwar auf die unzureichende empirische Datenbasis zurückzuführen sein, zeigt aber in erster Linie den Mangel an gesellschaftlichem bzw. politischem Willen zur Erfassung der Daten auf. Verteilungsdebatten weisen eine enorme gesellschaftliche und politische Brisanz auf und sind von unterschiedlichsten Interessen geprägt. Der Verdacht, dass es durchaus im Interesse bestimmter gesellschaftlicher Gruppen liegt, dass die Vermögensverteilung dermaßen schlecht erfasst ist – wodurch Verteilungsdiskussionen nachhaltig erschwert werden –, ist somit nicht von der Hand zu weisen. Insofern kann die dürre empirische Datenlage durchaus als Abbild bestehender gesellschaftlicher Machtverhältnisse gesehen werden (vgl. Hartmann, 2007; Reich, 2008).

*fehlende Daten  
zur Vermögens-  
verteilung  
erschweren  
Verteilungs-  
diskussionen*

Vermögen  
generiert  
Einkommen

Erkenntnisse aus anderen Ländern (vgl. Frick *et al.*, 2007a) lassen den Rückschluss zu, dass das Vermögen auch in Österreich wesentlich ungleichmäßiger verteilt ist als die nicht gerade für ihre Gleichverteilung berühmten Einkommen. Da Vermögen für gewöhnlich auch Einkommen generiert (oder Ausgaben reduziert, wie beispielsweise Mietausgaben<sup>5</sup> bei Immobilienbesitz), trägt dieser Missstand in nicht unerheblichem Ausmaß zur Verschärfung des bereits angesprochenen strukturellen Problems bei.

## 2. Die aktuelle Datenlage

Die statistische Datenbasis zur Vermögensverteilung in Österreich ist äußerst karg, während durch die Erfassung von Einkommensteuer- und Lohnsteuerbescheiden bzw. der Sozialversicherungsbeiträge die Einkommensverteilung relativ gut durchleuchtet ist (vgl. Guger *et al.*, 2004; Guger *et al.*, 2007). Unterschiedliche Ansätze, die Vermögensverteilung zu ermitteln, kommen zwar zu vergleichbaren Ergebnissen, bemängelten jedoch immer den Mangel an verlässlichen statistischen Daten. Im Folgenden werden einige aktuelle Versuche, etwas Licht ins Dunkel der Vermögensverteilung in Österreich zu bringen, kurz vorgestellt.

### 2.1. Die sektorale Vermögensrechnung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung

Vermögen in  
Österreich laut  
WIFO

Hahn *et al.* (2006a) haben für das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) eine umfangreiche sektorale Vermögensrechnung für Österreich durchgeführt. Obwohl es Hahn *et al.* gelingt, das Gesamtvermögen der einzelnen Bereiche in Österreich auf Basis zahlreicher Schätzungen abzubilden, nehmen sie von einer personellen Aufteilung des Vermögens Abstand, da hierfür die Datenbasis nicht ausreichend ist. Sie teilen das Nettogesamtvermögen des Jahres 2000 auf die Bereiche öffentliche (7,2 %) und private Haushalte (70,9 %), finanzielle (0,9 %) und nicht finanzielle Kapitalgesellschaften

(21 %) auf. Tabelle 1 zeigt die sektorale Verteilung des Vermögens der privaten Haushalte.

*Tabelle 1: Vermögensbilanz nach Hahn et al. (2006b) für die privaten Haushalte 2000<sup>6</sup>*

Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck		
	Mio. Euro	Anteile in %
Produzierte Vermögensgüter	416.134	48,6
<i>z. B.: Wohnbauten</i>	253.921	29,6
<i>Nichtwohnbauten</i>	40.382	4,7
<i>Fahrzeuge</i>	25.716	3
Grund und Boden	163.800	19,1
Finanzvermögen	276.770	32,3
<b>Gesamtvermögen</b>	<b>856.704</b>	<b>100</b>
Gesamtverpflichtungen	-97.817	-11,4
<b>Nettovermögen</b>	<b>758.887</b>	<b>88,6</b>

## 2.2. Das AUTREICH-Modell von Synthesis Forschung

Im Jahr 2003 erhielt das Wiener Institut Synthesis Forschung vom Sozialausschuss des Nationalrats den Auftrag, eine Analyse der personellen Vermögensverteilung in Österreich durchzuführen. Aufgrund der mangelhaften empirischen Datenbasis entwickelte Synthesis Forschung das Modell AUTREICH (Eizinger *et al.*, 2004). Hierzu wird das Vermögen der drei Sektoren Geld-, Immobilien- und Betriebsvermögen in Vermögenseinheiten aufgeteilt und dann – nach Rangzahlen geordnet – im selben Verhältnis wie das Einkommen personell verteilt. Durch die unterschiedliche Größe der so geschaffenen Vermögenseinheiten und die Tatsache, dass es (abgese-

hen vom Geldvermögen) nicht genug Einheiten gibt, um jeder Person eine Einheit zuzuordnen, ergibt sich so eine neue Verteilungsstruktur.

*Vermögens-  
verteilung auf  
Basis des  
AUTREICH  
Modells*

Ohne auf die zahlreichen Kritikpunkte, die diesem methodischen Ansatz entgegengebracht werden können, einzugehen, seien hier kurz die Ergebnisse skizziert. So besitzt das reichste Prozent der Österreicher 33,7 % des Nettogesamtvermögens. Das wohlhabendste Dezil (exklusive des reichsten Prozents) verfügt demnach über 34,6 % des Nettogesamtvermögens, und der sogenannte Rest besitzt nur 31,7 % des Vermögens, wobei Eizinger *et al.* insbesondere das Betriebsvermögen nur unter den besonders Wohlhabenden verteilen (*ibid.*).

### 2.3. Die Befragung der Österreichischen Nationalbank

*Verteilung des  
Geldvermögens  
nach OeNB*

Die Österreichische Nationalbank (OeNB) hat unter Leitung von Peter Mooslechner 2004 eine Befragung von 2.556 Haushalten mit dem Ziel, die Verteilung des Geldvermögens in Österreich zu ermitteln, durchgeführt (Beer *et al.*, 2006). Obwohl der Deckungsgrad auf das Gesamtvermögen hochgerechnet bei 63 % (Geldvermögen)<sup>7</sup> bzw. 57 % (Gesamtverschuldung) liegt – was ein für derlei Umfragen hervorragendes Ergebnis ist –, leidet sie doch unter den üblichen Problemen, die sich im Zusammenhang mit derartigen Studien ergeben: Sie weist ein Mittelschichtbias auf. Dies ergibt sich daraus, dass einerseits reiche Haushalte vermögensbezogene Auskünfte überdurchschnittlich oft verweigern, andererseits Anstaltsinsassen und Obdachlose nicht befragt werden (Frick *et al.*, 2007b). Hinzu kommt, dass wirklich finanzkräftige Haushalte in einer Stichprobe gar nicht erfasst werden können. Um beispielsweise die Privatstiftungen in Österreich adäquat abzubilden, hätten zwei Stiftungen Teil einer Stichprobe dieser Größe sein müssen. Unter der Annahme, dass in den besagten Stiftungen das durchschnittliche Stiftungsvermögen von 5,9 Mio. Euro gehalten worden wäre, hätte sich der Gini-Koeffizient<sup>8</sup> der OeNB-Befragung von den errechneten

ten 0,65 auf 0,75 verschoben (Schürz, 2008). Wäre andererseits der bis vor Kurzem reichste Österreicher, Friedrich Karl Flick, Teil der Stichprobe gewesen, so hätte sein Anteil am Gesamtvermögen der befragten Haushalte 93 % betragen (Berghuber *et al.*, 2007).

Weitere relevante Probleme in Bezug auf Haushaltsbefragungen als Instrument zur Eruiierung der Vermögensverteilung ergeben sich aus dem oft unvollständigen Wissen der Befragten bezüglich der eigenen Vermögenslage und den doch relativ komplexen Fragebögen. So hat sich einerseits gezeigt, dass mit zunehmendem Vermögen die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Teile des Vermögens bei der Befragung „einfach vergessen“ werden. Andererseits hat sich bei sogenannten Paneluntersuchungen – einer personenidentischen Mehrfachbefragung – ergeben, dass Personen in der ersten Erhebungswelle signifikant mehr Fehler bei der Beantwortung der Fragen machen als bei weiteren Wellen, weil sie dann bereits Erfahrung mit den Fragebögen haben.<sup>9</sup> Das im nächsten Abschnitt vorgestellte Sozio-oekonomische Panel (SOEP) verwendet daher die Ergebnisse der ersten Befragung nicht (Frick *et al.*, 2007b).

*unvollständiges  
Wissen über  
die eigene  
Vermögenslage*

Die Befragung der OeNB ergab neben einem Gini-Koeffizienten von 0,65, dass das oberste Prozent der Bevölkerung 18 % und die reichsten fünf Prozent 38 % des gesamten Finanzvermögens besitzen (Mühlberger *et al.*, 2008). Außerdem zeigte sich, dass nur knapp 22 % der österreichischen Haushalte über Aktienbesitz verfügen und – nicht wirklich verwunderlich – dass die Wahrscheinlichkeit, Aktien zu besitzen, positiv mit der Höhe des Einkommens korreliert (Fessler *et al.*, 2008).

### 3. Alternative Erfassungsmöglichkeiten

Wie gezeigt wurde, leiden alle aktuellen Versuche, eine personelle oder haushaltsbezogene Vermögensverteilung in

Österreich zu entwickeln, an einem gravierenden Mangel an empirischen Daten. Einige Möglichkeiten, trotzdem ein Bild für die Vermögensverteilung in Österreich zu zeichnen, sollen hier aufgezeigt werden.

### 3.1. Befragung eines betreuten Panels

*die Sozio-  
oekonomische  
Panelbefragung  
des DIW*

Ein Ausweg aus den meisten Problemen, die sich im Rahmen von Haushaltsbefragungen ergeben, stellt die Paneluntersuchung dar.<sup>10</sup> Als gelungenes Beispiel muss hier auf das Sozio-oekonomische Panel des Deutschen Wirtschaftsforschungsinstituts (DIW) hingewiesen werden.<sup>11</sup> Die gewichtete Stichprobe des SOEP umfasste im Erhebungsjahr 2008 fast 11.000 Haushalte mit mehr als 20.000 Personen. Seit 1984 werden regelmäßig Befragungen durchgeführt. Im Jahr 2002 wurde das Panel um eine Hocheinkommensstichprobe erweitert, um den geschilderten Problemen bezüglich der Repräsentativität der Daten entgegenzuwirken. Dadurch kann das SOEP auf einen – auch im internationalen Vergleich mit anderen Befragungen – hohen Deckungsgrad verweisen. So kommt das SOEP 2002 auf einen Deckungsgrad<sup>12</sup> von 98 % des Realvermögens und 93 % der Schulden, auch wenn es beim Geldvermögen mit 34 % Deckungsgrad nicht ganz so rosig aussieht (Frick *et al.*, 2007b).

Die SOEP-Daten für 2002 weisen für Westdeutschland – welches aufgrund der strukturellen Gegebenheiten für die Situation in Österreich ungleich aufschlussreicher ist als Untersuchungen der neuen Bundesländer – eine mit der österreichischen Einkommensverteilung vergleichbare Situation auf. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,299 der Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte (Krause *et al.*, 2005)<sup>13</sup> ist dieses nur leicht ungleichmäßiger verteilt als der im Rahmen von EU-SILC 2004 erhobene Gini-Koeffizient für das Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte in Österreich, welcher 0,263 beträgt (Till-Tentschert *et al.*, 2006).<sup>14</sup> Unter der Annahme, dass Verteilungsgerechtigkeit ein anstreben-

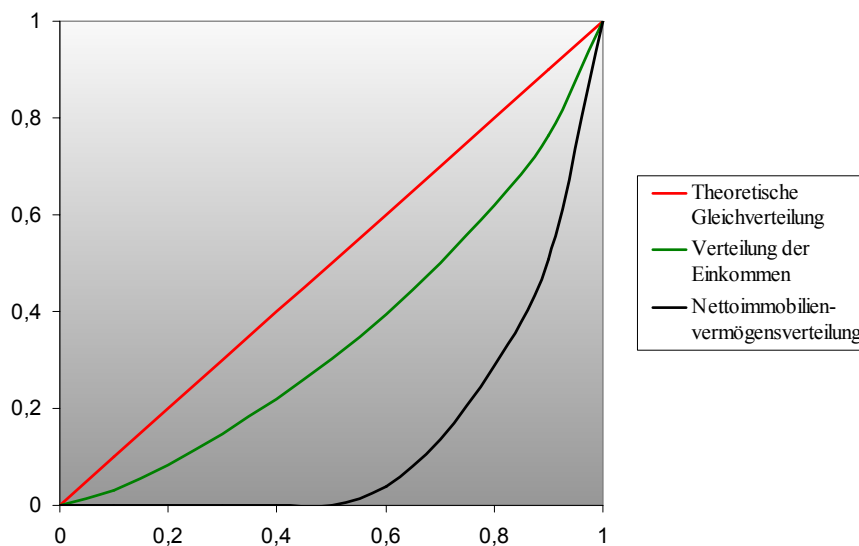


tes Ziel darstellt, sind dies in Relation zu anderen Ländern durchaus sehenswerte Resultate.

Für die Nettovermögensverteilung der Privathaushalte ergibt sich hingegen mit einem Gini-Koeffizienten von 0,699 für Westdeutschland ein fast bizarr anmutendes Ungleichgewicht. Die Nettoimmobilienverteilung ist mit einem Gini-Koeffizienten von 0,749 noch ungleichmäßiger (Krause *et al.*, 2005). Abbildung 1 zeigt die dazugehörigen Lorenzkurven und zeichnet ein anschauliches Bild für die Relation zwischen Einkommens- und Nettoimmobilienverteilung in Westdeutschland.

*bizarr  
anmutendes  
Ungleichgewicht  
der Vermögens-  
verteilung*

Abbildung 1: Lorenzkurve Einkommens- und Nettoimmobilienverteilung in Westdeutschland 2002



Quellen: Krause *et al.*, 2005 & Westerheide *et al.*, 2005, eigene Darstellung

STATISTIK AUSTRIA ist vermutlich die Institution, welche am besten dafür geeignet wäre, die Entwicklung und Betreuung eines vergleichbaren Panels in Österreich zu übernehmen, da sie bereits über die notwendige Expertise verfügt. Natürlich wäre für Österreich eine kleinere, wenn auch gewichtete Stichprobengröße ausreichend. Ist ein derartiges Panel einmal installiert, können im Prinzip beinahe beliebige Daten erhoben werden.

Das SOEP erhebt u. a. Daten zu:

- körperlicher und mentaler Gesundheit
- Erwerbs- und Familienbiografien
- Erwerbsbeteiligung und beruflicher Mobilität
- Weiterbildung und Qualifikation
- Energie- und Umweltverhalten u. v. m.

*hohe  
Auftragskosten  
würden durch  
Wohl-  
fahrtsge-  
winn  
wettgemacht*

Auch wenn die Auftragskosten nicht unerheblich sind, so ist doch davon auszugehen, dass der Wohlfahrtsgewinn, der mit der erhöhten Treffsicherheit und Evaluierbarkeit politischer Maßnahmen einhergeht, die Kosten mehr als wettmacht. Zusätzlich ist der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn nicht außer Acht zu lassen. So wurden die im Rahmen des SOEP ermittelten Daten mittlerweile in mehr als 4.500 Publikationen verwendet.

### **3.2. Kumulation von Einkommen unter Berücksichtigung der Daten der Volkszählung**

*Einbeziehung  
einkommens-  
abhängiger  
Sparquoten*

Der hier vorgestellte Ansatz wurde von einigen ExpertInnen im Rahmen persönlicher Interviews aufgezeigt. So sprachen sich sowohl MitarbeiterInnen des WIFO als auch des Instituts für Volkswirtschaftslehre an der Karl Franzens Universität Graz für eine Kumulation der Einkommen über mehrere Jahrzehnte aus. Dabei wird – unter Einbeziehung einkommensabhängiger Sparquoten – der ersparte Teil des Einkommens der ÖsterreicherInnen aufsummiert und verzinst. Da sowohl die Zinsentwicklung als auch die Einkommensentwicklung sowie

die Sparquoten der letzten Jahrzehnte bekannt sind, ist dies auch theoretisch möglich. Nach einem längeren Berechnungszeitraum ist auch die Ausgangsbasis nicht mehr wirklich relevant. Um das Ergebnis nicht zu verwässern, ist eine Abgleichung mit den Daten der Volkszählung notwendig, um sowohl Erbschaften als auch demografische Veränderungen einbeziehen zu können. Allerdings ist auch dieser Ansatz nicht unproblematisch.

- I. Es ist datenschutzrechtlich betrachtet höchst fraglich, ob die Ergebnisse der Volkszählung mit der Einkommensteuer verknüpft werden dürfen.
- II. Es bedarf eines nicht unerheblichen finanziellen und zeitlichen Aufwands, um sämtliche Daten zu erheben und miteinander zu kombinieren.
- III. Es ist nicht ganz auszuschließen, dass es am Ende heißt: „Außer Spesen nichts gewesen“, da mit Sicherheit einige knifflige Annahmen getroffen werden müssen, welche die Repräsentativität der Daten infrage stellen könnten.<sup>15</sup>

*Kritikpunkte*

Aufgrund dieser Probleme ist es fraglich, ob ein derartiger Ansatz überhaupt realistisch ist bzw. ob er den – mit Sicherheit nicht unerheblichen – finanziellen Aufwand rechtfertigt. Vermutlich wäre es sinnvoller, die Mittel für die Erstellung eines mit dem deutschen SOEP vergleichbaren Panels zu verwenden.

#### **4. Ein praktikabler Lösungsweg: Datensammlung und Verknüpfung strukturell bereinigter Daten aus anderen Ländern**

Die aufgezeigten Lösungsmechanismen leiden beide unter den Problemen, dass sie finanziell relativ aufwendig sind und es mehrere Jahre dauert, bis erste Ergebnisse zur Hand sind. Ein Ansatz, der einigermaßen kostengünstig und innerhalb eines überschaubaren Zeitrahmens umzusetzen ist, soll abschließend vorgestellt werden.

*Zusammenführung  
der Daten aus  
dem nahen  
EU(15) Ausland*

Im Prinzip kombiniert dieser Ansatz die vorhandenen Informationen und füllt die verbleibenden Lücken mithilfe strukturell bereinigter Daten aus dem nahen EU(15)-Ausland. Dazu wird auf Basis der vorhandenen Daten zur Vermögensverteilung bis 1994 in Österreich und der Entwicklung der Einkommensverteilung bis heute ein struktureller Abgleich mit den Daten zur Vermögensverteilung bis 1994 und der Einkommensverteilungsentwicklung in ausgewählten Ländern wie Dänemark, Schweden<sup>16</sup> oder Westdeutschland durchgeführt. Unter Berücksichtigung der Zusammenhänge zwischen Einkommen und Vermögen<sup>17</sup> (vgl. u. a. Frick, 2007a; Moser, 2002) und unter der Annahme, dass die aufgezeigten strukturellen Einkommensunterschiede zwischen Österreich und den Vergleichsländern den strukturellen Unterschieden in der aktuellen Vermögensverteilung – innerhalb einer gewissen Bandbreite – entsprechen, wird eine Berechnung der Vermögensverteilung in Österreich durchgeführt.<sup>18</sup> Auf diese Weise lässt sich eine Ausgangsbasis schaffen, welche einerseits als Basis für politische Entscheidungen dienen soll, andererseits durch gezielte Befragung repräsentativer Stichproben weiter verdichtet werden kann.

*kostengünstiges  
und unscharfes  
Bild ist besser  
als gar kein Bild*

Vermutlich ist mit einem derartigen Verfahren nicht die Präzision – welche die Befragung eines betreuten Panels bietet – erreichbar. Und unter Umständen ist es notwendig, zumindest in Teilbereichen zusätzliche Daten einzubeziehen – die von Banken, Versicherungsgesellschaften<sup>19</sup> oder durch zusätzliche Befragungen erhalten werden können –, um die Aussagekraft der Ergebnisse zu verstärken. Allerdings waren sich die interviewten ExpertInnen vom DIW, dem WIFO und der Karl Franzens Universität Graz einig, dass dies ein relativ kostengünstiger und wissenschaftlich vertretbarer Weg ist, um etwas Licht ins Dunkel der Vermögensverteilung zu bringen. Und ein in Details unscharfes Bild der Lage ist allemal besser als gar kein Bild.

## 5. Resümee

Die fehlende empirische Datenbasis zur Vermögensverteilung zu beklagen ist ein weit verbreitetes Hobby unter ÖkonominInnen, welchem auch in dieser Publikation ausgiebig gefrönt wird. Dass aber insbesondere aufgrund der Tatsache, dass die Entwicklung der effektiven Nachfrage unter dem realen Einkommensverlust der Masse der ArbeitnehmerInnen leidet, während gleichzeitig dem europäischen Sozialstaat die Steuerbasis wegbricht, die Vermögensverteilung wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit rückt, ist nicht weiter verwunderlich. Die Daten des SOEP zeigen, dass die Verteilung des Vermögens in Westdeutschland wesentlich ungleichmäßiger ist als die Verteilung der Einkommen, was die sich verstärkende Ungleichheit der Einkommen weiter verschärft.

Aufgrund der Unkenntnis der Verteilungssituation in Österreich ist es derzeit unmöglich, die verteilungswirksamen Effekte politischer Maßnahmen und die Prinzipien der dahinterstehenden Mechanismen zu evaluieren. Um langfristig für Österreich eine anwendbare statistische Datenbasis zu schaffen, aufgrund derer Aussagen über die Entwicklung der Vermögensverteilung getroffen werden können, ist es unumgänglich, ein mit dem deutschen SOEP vergleichbares Instrument zu schaffen. In der kurzen und mittleren Frist bietet sich der Weg der strukturellen Datenbereinigung an, um annäherungsweise ein Bild der aktuellen Vermögensverteilung in Österreich darstellen zu können und so eine Basis für weitere Diskussionen zu schaffen. Nur wenn die Gegebenheiten annähernd bekannt sind, können adäquate politische Maßnahmen ausgearbeitet werden.

*Unkenntnis  
erschwert  
verteilungs-  
wirksame  
Maßnahmen*

**Anmerkungen:**

- 1 Im Kontext dieses Artikels bezieht sich „Reichtum“ ausschließlich auf materiellen Besitz.
- 2 Ob Wertpapiere als Finanzvermögen bezeichnet werden oder aber als Realvermögen – da es einen Anteil an einem Betrieb darstellt –, ist für die aktuelle Debatte nebensächlich.
- 3 Dass beispielsweise Humanvermögen das größte Kapital eines/einer Sozialwissenschaftlers/in darstellt, steht außer Frage; Letzteres spielt in unseren Betrachtungen aber nur insofern eine Rolle, als in unserer Gesellschaft wirtschaftliches Vermögen für gewöhnlich die beste Voraussetzung ist, um Humanvermögen zu erwerben.
- 4 Den Verfassern ist der große Definitionsspielraum in Bezug auf den Begriff „Sozialstaat“ durchaus bewusst (vgl. Esping-Andersen, 1990; Haller et al., 2004). Im Folgenden wird „Sozialstaat“ stellvertretend für Staaten mit hohem sozialem Sicherungsniveau, wie den kooperativen Sozial- und Wohlfahrtsstaat mitteleuropäischer Prägung oder Staaten nach skandinavischem Modell, verwendet.
- 5 Da die Ausgaben für Miete im Durchschnitt an die 25 % des verfügbaren Einkommens ausmachen, handelt es sich hierbei um eine nicht zu vernachlässigende Größe (vgl. Frick et al., 2001).
- 6 Sämtliche Schätzungen wurden mithilfe des WIFO-Kapitalstockmodells auf Basis von an Marktpreisen orientierten Preisindikatoren oder auf Grundlage der künftigen Nettoerträge, wie vom ESVG 95 als alternatives Bewertungskonzept empfohlen, durchgeführt (Hahn et al., 2006a). Der gesetzliche Einheitswert von Grundstücken findet keinen Eingang in die Berechnungen.
- 7 Im internationalen Vergleich erscheinen diese 63 % unglaublich hoch, da vergleichbare Studien einen maximalen Deckungsgrad von 38 % aufweisen (vgl. Frick et al., 2007b), was aber an der relativ großen Stichprobe der OeNB-Befragung liegen könnte.
- 8 Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen. Er kann jeden Wert zwischen null und eins annehmen, wobei null für vollkommene Gleichverteilung steht und eins den Fall beziffert, in welchem eine Person alles besitzt. Je näher die Zahl an eins ist, desto stärker ist die Ungleichverteilung.
- 9 Frick et al. (2007b) verweisen hier auf das Problem, das sich in diesem Bezug für die rotierende Stichprobe bei EU-SILC-Befragungen ergibt, deren Längsschnittpopulation nur für vier Jahre befragt wird. Sobald sich ein Haushalt an den doch relativ komplexen Fragebogen gewöhnt hat, wird er aus der Stichprobe hinausrotiert.
- 10 Eine Analyse der allgemeinen methodischen Vor- und Nachteile einer Paneluntersuchung findet sich in Günther et al. (2006).
- 11 Für eine ausführliche Beschreibung des SOEP siehe Wagner et al., 2007.
- 12 Markus Grabka vom DIW erklärte in einem persönlichen Interview, dass dieser niedrige Deckungsgrad in erster Linie auf das im Rahmen des SOEP nicht erfasste Sozialversicherungsvermögen zurückzuführen ist.
- 13 Frick et al. (2007b) zeigen, dass der Gini-Koeffizient der Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte 2004 minimal höher liegt als 2002, verraten den Koeffizienten aber nicht.
- 14 Dass der von Guger et al. (2007) erhobene Gini-Koeffizient auf Basis der Daten

der Sozialversicherung für das Jahr 2004 beispielsweise 0,320 beträgt und damit wesentlich höher ist als der aus den EU-SILC-Daten ermittelte Koeffizient, ist den Verfassern bewusst. Allerdings handelt es sich dabei um eine personelle Verteilung und nicht um eine nach dem Nettoäquivalenzeinkommen gewichtete Analyse. Bei Letzterem wird das Haushaltseinkommen dividiert durch die Summe der Personengewichte der Haushaltsmitglieder, wobei die OECD-Äquivalenzskala dem Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1, weiteren Personen im Haushalt ein Gewicht von 0,5 und Kindern unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3 zumisst.

- 15 Als Beispiel möge hier die Sparquote fungieren. Die Wirtschaftswissenschaft geht üblicherweise davon aus, dass die Sparquote kontinuierlich mit dem Einkommen ansteigt. Stein (2006) zeigt für Deutschland jedoch, dass im Jahr 1993 nur das reichste Dezil mit 16,1 % eine höhere Sparquote als das sechste Dezil (13,2 %) aufweist. Sogar das siebtreichste Dezil hat mit 11,6 % eine höhere Sparquote als das achte Dezil (10,5 %). 1998 ist dann schon wieder alles anders. Natürlich kann die Wirtschaftswissenschaft derartige Gegebenheiten ex post begründen, sie allerdings innerhalb langfristiger Berechnungen ausreichend zu würdigen, ist äußerst komplex.
- 16 Eine kompakte Analyse der Vermögensverteilung in Schweden findet sich in Klevmarken 2006. Aufgrund unterschiedlicher Definitionen von Vermögen wird hier allerdings auf einen Vergleich verzichtet (vgl. Brandolini, 2006).
- 17 Dass eine derartige Herangehensweise aufgrund der – gerade in Bezug auf die Definition von Vermögen nicht unerheblichen – länderspezifischen Differenzen problematisch ist, ist evident. Als Ausweg bietet sich hier die *Luxembourg Wealth Study* (LWS) an, die versucht, die Vermögenserhebungen unterschiedlicher Länder zu vereinheitlichen und auszuwerten (Brandolini, 2006).
- 18 Dass auch dieser Ansatz nicht ganz ohne – für ein Ergebnis nicht unwesentliche – Annahmen auskommt, steht außer Frage, allerdings sind diese nicht annähernd so umfangreich wie die für eine erfolgreiche Kumulation der Einkommen notwendigen Hypothesen. Auch Panelbefragungen wie das SOEP kommen nicht ohne statistische Imputation – Ergänzung durch Schätzung von fehlenden Angaben in statistischen Erhebungen – aus, um fehlende Antworten berücksichtigen zu können.
- 19 Dass eine Bank wirklich anonymisierte Angaben über die Vermögensverteilung ihrer Klientel zur Verfügung stellt, ist und bleibt wohl ein Wunschtraum der SozialwissenschaftlerInnen. Feuerversicherungen und Ähnliches sind wiederum etwas einfacher zu eruieren, wenn auch die Versicherungen selbst aufgrund von Gebäude-Bündelversicherungen nicht immer über auswertbare Datensätze verfügen.

#### Literatur

- Beer, C., Mooslechner, P., Schürz, M. & Wagner, K. (2006). Geldvermögen privater Haushalte in Österreich: Eine Analyse auf Basis von Mikrodaten. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q2/06, S. 101–119. OeNB: Wien.
- Berghuber, B., Picek, O. & Schratzenstaller, M. (2007). Perspektiven der Erbschafts- und Schenkungssteuer in Österreich. Monographien, 6/2007. WIFO: Wien.
- Brandolini, A. (2006). The Distribution of Wealth in Germany and Sweden – Discussion of the Papers by Stein and Klevmarken. In: Steigende wirtschaftliche Ungleichheit bei steigendem Reichtum? Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien, Bd. 10. LexisNexis: Wien.

- Eizinger, C., Kalmár, M., Kernbeiß, G., Prammer-Waldhör, M. & Wagner-Pinter, M. (2004). Vermögensbildung und Reichtum in Österreich. Synthesis Forschung: Wien.
- Esping-Andersen, G. (1990). The Three Worlds of Welfare Capitalism. University Press: Princeton.
- Fessler, P. & Schürz, M. (2008). Aktienbesitz in Österreich. In: Geldpolitik und Wirtschaft Q2/08. OeNB: Wien.
- Frick, J. R. & Grabka, M. M. (2001). Personelle Einkommensverteilung und der Einfluß von Imputed Rent. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Jg. 221, H. 3 (2001), S. 285–308. DIW: Berlin.
- Frick, J. R. & Grabka, M. M. (2007a). Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen. In: Wochenbericht 74 (2007), 45, S. 665–672. DIW: Berlin.
- Frick, J. R., Goebel, J., Grabka, M. M., Groh-Samberg, O. & Wagner, G. G. (2007b). Zur Erfassung von Einkommen und Vermögen in Haushaltssurveys: Hocheinkommensstichprobe und Vermögensbilanz im SOEP. DIW: Berlin.
- Frick, J. R. & Grabka, M. M. (2008). Schrumpfende Mittelschicht: Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: Wochenbericht 75 (2008), 10, S. 101–108. DIW: Berlin.
- Guger, A. & Marterbauer, M. (2004). Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung. Monographien, 12/2004. WIFO: Wien.
- Guger, A. & Marterbauer, M. (2007). Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – ein Update. WIFO Working Papers, 307/2007. WIFO: Wien.
- Günther, M., Vossebein, U. & Wildner, R. (2006). Marktforschung mit Panels. Gabler: Wiesbaden.
- Hahn, F. & Magerl, Ch. (2006a). Sektorale Vermögensrechnung für Österreich. Monographien, 1/2006. WIFO: Wien.
- Hahn, F. & Magerl, Ch. (2006b). Vermögen in Österreich. In: WIFO-Monatsberichte, 1/2006, S. 53–67. WIFO: Wien.
- Haller, M., Heschl, F. (2004). Einstellungen zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen in 24 Ländern. In: ARBEIT, 4/2004, S. 368–389. Lucius & Lucius: Dortmund.
- Hartmann, M. (2007). Eliten und Macht in Europa – Ein internationaler Vergleich. Campus: Frankfurt/New York.
- Klevmarken, N. A. (2006). The Distribution of Wealth in Sweden – Trends and Driving Factors. In: Steigende wirtschaftliche Ungleichheit bei steigendem Reichtum? Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien, Bd. 10. LexisNexis: Wien.
- Krause, P. & Schäfer, A. (2005). Verteilung von Vermögen und Einkommen in Deutschland: große Unterschiede nach Geschlecht und Alter. In: Wochenbericht 72 (2005), 11, S. 199–207. DIW: Berlin.
- Moser, P. (2002). Alter, Einkommen und Vermögen – eine Analyse der Zürcher Staatssteuerstatistik 1999. Statistisches Amt des Kantons Zürich: Zürich.
- Mühlberger, U., Guger, A., Knittler, K. & Schratzenstaller, M. (2008). Alternative Finanzierungsformen der Pflegevorsorge. WIFO: Wien.
- Reich, R. (2008). Superkapitalismus – Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt. Campus: Frankfurt/New York.
- Schürz, M. (2008). Auf der Suche nach dem verschwiegenen Reichtum. In: Intervention, 2008, 5 (1), S. 62–75. Hans-Böckler-Stiftung: Düsseldorf.



- Stein, H. (2006). Anatomie der Vermögensverteilung – Eine Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. In: Steigende wirtschaftliche Ungleichheit bei steigendem Reichtum? Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien, Bd. 10. LexisNexis: Wien.
- Till-Tentschert, U., Lamei, N. & Heuberger, R. (2006). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004, Ergebnisse aus EU-SILC 2004. Statistik Austria: Wien.
- Wagner, G. G., Frick, J. R. & Schupp, J. (2007). The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements. In: Schmollers Jahrbuch 127 (1), S. 139–169. DIW: Berlin.
- Westerheide, P., Ammermüller, A. & Weber, A. (2005). Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens. Abschlussbericht zum Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung. ZEW: Mannheim.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)